

Neues Deutschland

07.09.2009 / Inland / Seite 3

Ein Denkmal für den Platz im Geschichtsbuch

Der Trotz der Provinz: Die Stadt Plauen im Vogtland plant ihr eigenes Wende-Gedenken

Von Hendrik Lasch

Vor 20 Jahren gehörte Plauen zu den Städten, in denen der Umbruch in der DDR begann. Weil das heute jenseits des Vogtlands kaum gewürdigt wird, sammelt eine Initiative für ein eigenes »Wende-Denkmal«. Nicht wenige Plauener haben ganz andere Sorgen.

An das große Ereignis wird bislang im Verborgenen erinnert. »Das war der Anfang der Veränderung unserer Welt«, heißt es mit nicht geringem Pathos auf einer Steinplatte, die neben dem Theater von Plauen am Rand der Fußgängerzone steht. Am so genannten Tunnel versammelten sich am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR, rund 15 000 Menschen, um freie Wahlen und Reisefreiheit zu fordern. Der Protest gilt als erste Großdemonstration im Herbst '89. Doch die Tafel, die daran erinnern soll, steht versteckt und unscheinbar zwischen Hecken und Kaffeehaustischen; die Passanten, die auf dem Weg zu den Einkaufspassagen oder Haltestellen vorbeilaufen, würdigen sie keines Blickes. Sie habe »in bescheidener Art ihren Dienst getan«, sagt der Plauener Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer. Das 20-jährige Jubiläum aber sei »ein guter Zeitpunkt«, um auffälliger an die Rolle der Stadt im Vogtland beim Ende der DDR zu erinnern. Im Oktober 2009 soll daher der Grundstein für ein Wende-Denkmal gelegt werden.

Denkmäler nur in Berlin und Leipzig

Entstanden ist die Idee, weil die Vogtländer ihren Beitrag zur Geschichte nicht gebührend gewürdigt sahen. Es gab »die Sorge, dass Plauen zu kurz kommt«, erklärt Wolfgang Sachs, Sprecher einer Initiative zur Errichtung des Denkmals. Der Elektromeister, der an der Demonstration teilgenommen hat, zitiert das Urteil des US-Historikers John Connelly, der nach umfangreichen Recherchen feststellte, Plauen sei die »erste ostdeutsche Stadt« gewesen, die »einen geeinten Willen zur Wende ausdrückte«.

Anerkannt, so meint man im Vogtland, wird das 20 Jahre später nicht so recht. Der Bundestag hat beschlossen, an die Ereignisse vom Herbst 1989 in Berlin und Leipzig zu erinnern; der Bund stellt dafür rund 15 Millionen Euro zur Verfügung. Doch während die entscheidende Montagsdemonstration in Leipzig erst am 9. Oktober 1989 stattgefunden habe, hätten in der Kreisstadt im Vogtland bereits zwei Tage zuvor Tausende friedlich demonstriert – trotz des Großaufgebots an Polizei und Kampfgruppen. Daran erinnern sich heute außerhalb des Vogtlands selbst in Sachsen nicht mehr viele Menschen; in der bundesweiten Berichterstattung kommt Plauen erst recht selten vor. Er wolle, betont Sachs, zwar »nicht konkurrieren mit Leipzig«. Einen gebührenden Platz im Geschichtsbuch wollen aber auch die Vogtländer für sich reserviert wissen. Es solle aber anerkannt werden, welchen Beitrag diese am Ende der DDR hatten. »Das Rad der Geschichte«, sagt Rathauschef Oberdorfer, »hat hier einen besonderen Schwung erhalten.«

Dieser Ansicht ist auch Thomas Küttler, der als Superintendent eine zentrale Rolle bei der Demonstration spielte. Nachdem der Aufruf nur auf einigen Handzetteln und per Gerücht verbreitet worden sei, habe die große Zahl der Demonstranten in der Stadt mit ihren lediglich 75 000 Einwohnern alle überrascht, sagt Küttler – »am meisten die Staatsmacht«. Zu dem Protest, der ausgerechnet am Geburtstag der Republik stattfand, habe die Bürger ihre Unzufriedenheit mit der »Ineffektivität des Systems« getrieben, die sich in der nur Kilometer von der Grenze entfernten Stadt besonders offenbart habe. Norbert Martin, der letzte SED-Oberbürgermeister der Stadt, erinnert sich ähnlich an 1989: »Es bewegte sich nichts mehr.« Die Mahnungen von Kommunalpolitikern, die auf Reformen drängten, seien ignoriert worden. Als im Sommer ein »ZK-Beschleuniger« nach Plauen kam, warnte Martin: »Wenn ihr so weiter macht, haben wir die DDR nicht mehr lange.«

Dass sich die Prognose binnen Monaten erfüllte, lag auch an »politischen Dummheiten«, wie Martin formuliert. So wurden mehrere Züge mit den Flüchtlingen aus der DDR-Botschaft in Prag über Plauen in den Westen geleitet und in

der bayrischen Nachbarstadt Hof jubelnd empfangen. Die Berichte habe man im Fernsehen gesehen, sagt Küttler: »Das hat die Stimmung zum Überkochen gebracht.«

Bemerkenswert an dem Plauener Protest und der Hauptunterschied zu den Montagsdemonstrationen, die in Leipzig bereits seit dem 7. September stattgefunden hatten, war nach Ansicht Küttlers, dass erstmals eine derart große Menschenmenge die Staatsmacht herausforderte, die zwar Polizisten und Kampfgruppen postierte und ein zum Wasserwerfer umfunktioniertes Löschfahrzeug einsetzte, am Ende aber einlenkte. Der nach Vermittlung des Kirchenmannes zustande gekommene Abzug eines tief über den Köpfen kreisenden Hubschraubers sei »ein Urerlebnis« gewesen, sagt Küttler: »Von da an fühlten wir uns stark.« Die SED-Führung willigte in Gespräche mit Vertretern der Demonstranten ein: »Die Glocke der Verängstigung«, betont Küttler, »war gehoben.« Aus den Demonstranten bildete sich eine »Gruppe der 20«, die sich nur Tage später zum ersten Dialog mit OB Martin traf.

OB fürchtete keine »chinesische Lösung«

Dieser hatte, wie er heute berichtet, auf den Verlauf der Demonstration keinen Einfluss: »Wir wussten, dass es Probleme geben würde«, sagt der Ex-OB: »Welche Gegenmaßnahmen ergriffen wurden, lag aber nicht in unserem Ermessen.« Eine Eskalation indes habe er zu keinem Zeitpunkt befürchtet: »Eine chinesische Lösung hätten die Verhältnisse in der DDR nicht zugelassen«.

Auf dem Platz vor dem Rathaus herrschte an jenem regnerischen Nachmittag indes größere Ungewissheit über den Ausgang. Wolfgang Sachs erinnert sich lebhaft an die »knisternde Situation«, aber auch an das Gefühl, dass die Regierenden »der Lage nicht mehr Herr waren«. An die Ereignisse und die Stimmung jenes 7. Oktober soll mit dem geplanten Kunstwerk erinnert werden: »Es soll den Tag widerspiegeln.« Geplant ist, so heißt es in der Ausschreibung, ein »Denkmal für das mutige Volk, verständlich für jedermann und von bleibendem Wert«. Eine Initiative für das, wie es offiziell heißt, »Denkmal zur friedlichen Revolution in Plauen« hat einen Wettbewerb veranstaltet, für den neun regionale Künstler 14 Entwürfe einreichten. Sie wurden mehrfach öffentlich präsentiert; welcher Entwurf umgesetzt wird, soll eine Jury unter Berücksichtigung des Bürgerwillens entscheiden, sagt OB Oberdorfer. Der Bau des Denkmals, dessen Kosten auf rund 60 000 Euro geschätzt werden, soll vorwiegend aus Spenden finanziert werden; über 23 700 Euro wurden bereits aufgebracht. Der Freistaat Sachsen verspricht 28 240 Euro an Fördermitteln.

Auf ungeteilte Zustimmung stößt die Initiative in der Stadt allerdings nicht. Die Bürger hätten »ganz andere Sorgen«, sagt Wolfgang Hinz, LINKE-Fraktionschef im Stadtrat, und verweist auf die beträchtliche Arbeitslosigkeit ebenso wie den Verlust der Kreisfreiheit für Plauen im Zuge einer Verwaltungsreform. Die Eingliederung in den Vogtlandkreis erbost die Bewohner der Industriestadt, die in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts wegen der florierenden Spitzenproduktion zu den reichsten Städten Deutschlands gehörte, bis heute und weckt gelegentlich sogar noch einen gewissen aufmüpfigen Elan: Als Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) im Wahlkampf in Plauen auftrat und seine Zuhörer als »liebe Vogtländer« adressierte, ertete er laute Buh-Rufe.

Ansonsten zeigt sich die verbreitete Enttäuschung über die Lebensumstände 20 Jahre nach der von sehr großen Hoffnungen getragenen Demonstration im Verborgenen. Hinz erinnert daran, dass zwar 1989 rund 15 000 Menschen auf die Straße gegangen seien, zum Jahrestag 2008 aber nur 100 kamen. Es herrsche viel Frust, sagt Hinz – darüber, dass in der Stadt von den einst zahlreichen Großbetrieben kaum noch einer produziert, darüber, dass es keine einzige höhere Bildungseinrichtung in Plauen gibt, darüber, dass der Ort nach der Verwaltungsreform »zum Provinznest verkommt«, wie Hinz sagt: »Das war er bisher nie.«

Eine kurze Zeit, um an Denkmäler zu denken

Aus grundsätzlicheren Erwägungen lehnt Ex-Oberbürgermeister Norbert Martin das Wendedenkmal ab. Über die Ereignisse vom Herbst 1989 habe die Geschichte »ihr Urteil noch gar nicht gesprochen«, sagt er. Martin zitiert Artikel aus der Lokalzeitung, die erschienen, nachdem kürzlich ein von Sachsens Staatskanzlei durchs Land geschickter Bus mit einer Ausstellung zum Herbst 1989 in Plauen Station machte. Viele hätten »gemeckert, dass ihnen die Wende nichts gebracht hat«, habe eine Mitarbeiterin erklärt. Martin ist nicht verwundert: Die Wirtschaftskrise lasse viele Menschen ahnen, dass »auch diese Gesellschaftsordnung am Ende ist«.

Diese Einschätzung teilt Thomas Küttler nicht. Die Pläne für das Denkmal beobachtet aber auch der frühere Superintendent mit einiger Skepsis. 20 Jahre seien »eine kurze Zeit, um schon an Denkmäler zu denken«, sagt der Kirchenmann; auch gerieten »Ideendenkmäler leicht aus den Fugen« – eine Einschätzung, in der er sich durch den

Wettbewerb für die Erinnerungsorte in Berlin und Leipzig bestärkt sieht. Ein erster Wettbewerb für das »nationale Freiheits- und Einheitsdenkmal«, dessen Sieger ursprünglich am 9. November 2009 gekürt werden sollte, wurde im Sommer abgebrochen, nachdem keiner der eingereichten 532 Entwürfe die Jury überzeugt hatte. Die Ausschreibung für einen erneuten Wettbewerb soll nun laut Beschluss des Kulturausschusses im Bundestag deutlich weniger Vorgaben enthalten.

In Plauen lässt man sich von derlei Problemen nicht beirren. Am 7. Oktober soll auf einer Rabatte zwischen Theater und Einkaufspassage der Grundstein für das eigene Denkmal gelegt werden, zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit am 3. Oktober 2010, ist sich Oberbürgermeister Oberdorfer sicher, wird es eingeweiht. Der Rathauschef plant ein großes Fest mit viel politischer Prominenz: »Ich wünsche mir den Bundespräsidenten.« Wie groß die Begeisterung der Plauener ist, bleibt abzuwarten.

www.wendedenkmal.de

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/155275.ein-denkmal-fuer-den-platz-im-geschichtsbuch.html>